



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Kriminalprävention
Az.: 180-00/wi
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

19. September 2017

Rundschreiben Nr. 518/2017

Gemeinsame Erklärung der Kommunalen Spitzenverbände und des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt zur intensiveren Kooperation von Kommunen und Polizei

Bezug: Unser Landräte-Schreiben Nr. 050/2016 vom 13. Dezember 2016

Kurzfassung:

Um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Sachsen-Anhalt weiter zu verbessern, haben die Kommunalen Spitzenverbände und das Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt eine Gemeinsame Erklärung zur engeren Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Polizei unterzeichnet.

Bereits im Jahr 2004 hatten das Ministerium für Inneres des Landes Sachsen-Anhalt und die Kommunalen Spitzenverbände eine Gemeinsame Erklärung zur intensiveren Kooperation von Kommunen und Polizei unterzeichnet. Damit sollte die unmittelbare Zusammenarbeit von Polizeibehörden und Kommunen eine größere Bedeutung erhalten und die Kriminalprävention in allen kommunalen Arbeitsfeldern Berücksichtigung finden.

Mit der am 13. September 2017 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung der Kommunalen Spitzenverbände und des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (**Anlage**) soll die bereits bestehende gute Zusammenarbeit von Kommunen und Polizei unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten fortentwickelt und verbessert werden. Angeregt und unterstützt werden geeignete Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame präventive Maßnahmen, die zur Verringerung der Kriminalität in den Kommunen und somit auch zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bürger beitragen.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Erstmals ist auch die Verkehrssicherheit in die Erklärung mit aufgenommen worden. Ziel ist es hier die Sicherheit für besonders gefährdete Verkehrsteilnehmer zu erhöhen und Verkehrsunfallschwerpunkte entschärfen. Abhängig von der Schwerpunktsetzung vor Ort sind weiter mögliche Bereiche der Zusammenarbeit die Jugendarbeit, Kultur, Bildung oder Städtebau.

Mit der Gemeinsamen Erklärung werden den Kommunen keine neuen Aufgaben übertragen und es wird auch keine Aussage dazu getroffen, wie die Zusammenarbeit ausgestaltet werden soll. Vielmehr sollen vor Ort individuelle Lösungen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten zwischen Kommunen, Polizei und anderen in der Kriminalprävention tätigen Akteuren entwickelt werden.



Theel

Anlage
(**nur** digital)